



Frau von der Leyen macht Druck bei der Drohnenbeschaffung

Frau von der Leyen, die immer noch als „Verteidigungsministerin“ bezeichnet wird, obwohl sie „ihre“ Bundeswehr immer wieder in Auslandseinsätze schickt, drängt jetzt auf Beschlussfassung über die Beschaffung von Kampfdrohnen durch Leasen der israelischen Kampfdrohne Heron TP. Dieser Beschluss soll *schon Mitte Juni* diesen Jahres im Haushaltsausschuss gefasst werden.

Damit ist die Ministerin dem Ziel näher gekommen, das sie bereits nach ihrem Amtsantritt nach der Bundestagswahl 2013 benannt hat: „Es wird um eine bewaffnungsfähige Drohne gehen. Das wird in der Zukunft Standard sein.“

Die israelische Kampfdrohne Heron TP

Eine Vorstellung von Größe und Fähigkeiten der Heron-TP-Drohne mögen folgende Daten vermitteln: Spannweite 34,10 m, Flughöhe bis 14.000 m, Flugdauer bis 30 h, Tragfähigkeit bis zu 1 t Bomben oder Raketen.

Drohnen und weltweite Einsätze

Kampfdrohnen sind Bestandteil der Umorientierung der Bundeswehr auf Out-of-Area-Kampfeinsätze, wie sie im Jahr 1990 von der NATO beschlossen wurden. In den verteidigungspolitischen Richtlinien aus dieser Zeit werden die deutschen „Sicherheitsinteressen“ unmissverständlich benannt: „Aufrechterhaltung des freien Welt Handels und ungehinderter Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt.“



Alle Koalitionen wollen Drohnen

Seitdem betreiben die verschiedenen Bundesregierungen koalitionsübergreifend von Rot-Grün über Schwarz-Gelb bis Schwarz-Rot die Ausrüstung der Eingreiftruppen mit Drohnen – gegen den Willen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger: Eine Umfrage eines Bundeswehrinstituts hatte nämlich ergeben: 24 % überwiegende Zustimmung, 50 % überwiegende Ablehnung und 26 % ohne Meinung.

Weiterrüsten für die „Eurodrohne“

Airbus und Rheinmetall kooperieren

mit IAI (Israel Aerospace Industries), um den Know-how-Transfer für die bis 2025 geplante Eurodrohne zu sichern. Dass es immer auch um die deutsche technologische Führung geht, hat das Verteidigungsministerium schon in seiner „Militärischen Luftfahrtstrategie 2016“ deutlich gemacht, wo es heißt: „Die unbemannte Luftfahrt wird als europäische verteidigungsindustrielle Schlüsselkompetenz angesehen, die durch maßgebliche industrielle Beiträge aus Deutschland ... geprägt werden sollte.“

Was sind Drohnen?

Drohnen sind unbemannte, meist ferngelenkte Luftfahrzeuge. Kleine Drohnen hat die Bundeswehr schon länger, als die meisten denken. Die ersten wur-



Kampfdrohne Heron TP von IAI

den 1972 zur Aufklärung für die Artillerie eingeführt; den ersten Kriegseinsatz einer solchen Drohne durch die Bundeswehr gab es im Jahr 2000 im NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien.

Kampfdrohnen und Aggression

Zwar hat Frau von der Leyen immer wieder betont, bewaffnete Drohnen dienen dem Schutz „unserer“ Solda-

tinnen und Soldaten im Einsatz. Gerade darin steckt aber eine Eskalationsgefahr: Wenn Politikerinnen und Politiker glauben, das Risiko eigener Opfer sei gering, sind sie noch eher bereit, die Bundeswehr in aggressive Auslandseinsätze zu schicken. Außerdem sind Drohnen billiger und einfacher zu verlegen und einzusetzen als bewaffnete Kampfflugzeuge. Wie die USA immer wieder demonstriert haben, lassen sie sich auch über Staaten einsetzen, mit denen man offiziell nicht im Krieg ist, was man mit Kampfflugzeugen wohl kaum wagen würde, weil es politisch wie militärisch zu riskant ist.

Gezielte Tötungen

Unter dem vorigen US-Präsidenten und Friedensnobelpreisträger Obama haben die USA Kampfdrohnen verstärkt für gezielte Tötungen von Personen eingesetzt, die sie für „illegale Kämpfer“ oder deren Unterstützer hielten, entgegen dem Menschen- und Völkerrecht. Frau von der Leyen hat gesagt, die Bundeswehr werde sich an das Völkerrecht halten und keine „extralegalen Tötungen“ ausführen. Wir wissen nicht, ob sie das selbst glaubt. Von der Bundeswehr kann man das jedenfalls nicht erwarten, wurde doch der Oberst Klein wegen des von ihm befohlenen Massakers von Kundus nicht zur Rechenschaft gezogen, sondern noch unter Verteidigungsminister de Maizière zum General befördert. Wie jede Armee wird die Bundeswehr den „Schutz der Truppe“ über das Völkerrecht stellen.

Kampfdrohnenerror

Studien US-amerikanischer Universitäten belegen: Aufgrund der ständigen Bedrohung durch Kampfdrohneinsätze leidet die Bevölkerung in Pakistan und Afghanistan unter Angstzuständen und wird traumatisiert.

Killer-Roboter

Weltweit wird an der Entwicklung von autonomen Systemen gearbeitet, die ohne menschliche Einflussnahme auch über gezielte Tötungen entscheiden. Wer soll da noch zur Verantwortung gezogen werden, diejenigen, die die Drohne losgeschickt haben oder die Programmierer? Frau von der Leyen sagt, das wolle sie nicht. Fraglich ist aber, was in ein paar Jahren sein wird. Noch schrecklichere Kriege drohen.

Wettrüsten bei Kampfdrohnen

Bei Kampfdrohnen verfügen die USA lange über eine Art Monopol. Zunehmend wollen aber auch andere Staaten sich eigene Kampfdrohnen zulegen, um ihr eigenes militärisches Gewicht zu erhöhen und auch, um an den erwarteten Gewinnen zu partizipieren. China ist dabei mit seinen Kampfdrohnen am weitesten. Genannt werden weiter: Israel, die Vereinigten Arabischen Emirate, die Türkei, Nordkorea, Indien, Pakistan und Südafrika. Es droht ein Wettüsten bei Kampfdrohnen.

Gewinne durch Kampfdrohnen

Marktanalytiker erwarten immense Gewinne im Drohnengeschäft: 5,5 % Umsatzsteigerung jährlich bis 2024 und Umsätze bis zu 14 Mrd. US-\$ im Jahr 2025.

Ramstein und Drohneneinsatz

Die USA nutzen ihren Luftwaffenstützpunkt Ramstein Air-Base als Relaisstation für den Datenaustausch zwischen ihren Drohnen im Einsatz und ihren Piloten in den USA – zwischen der Drohne und Ramstein per Satellit und zwischen Ramstein und den USA über Glasfaserkabel, was schneller ist. Sie nutzen also deutsches Hoheitsgebiet auch für ihre gezielten Tötungen, obwohl die Todesstrafe in der Bundesrepublik verboten ist – und das mit Wissen der Bundesregierung. Verschiedene Initiativen führen immer wieder Protestaktionen an der Ramstein Air-Base durch. Informationen darüber gibt es auf der Internetseite www.ramstein-kampagne.eu.

Weil ab 2025 in Schleswig-Jagel Großdrohnen vom Typ Triton abheben sollen, veranstaltet die DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) dort regelmäßig, zusammen mit anderen, Aktionen gegen die Drohnenpolitik der Bundesregierung; Informationen dazu in den Webseiten der DFG-VK: <https://www.dfg-vk.de/>.

Eine unerwartete Wendung?

Auf der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses vor der Bundestagswahl 2017 wurde der Beschluss über die Finanzierung bewaffnungsfähiger Drohnen vertagt. Es wurde befürchtet, dass nicht ausreichend viele Abgeordnete von SPD, Grünen und Linkspartei dem Antrag zustimmen würden und dieser dadurch endgültig zu Fall kommen würde. Die SPD hat zur Begründung

ihrer Position darauf hingewiesen, dass eine breit geführte, umfassende Diskussion über Kampfdrohnen noch nicht stattgefunden habe.

Zu diesem Ergebnis hat sicher beigetragen, dass die Friedensbewegung ihre Forderung „Keine Kampfdrohnen!“ jahrelang unermüdlich öffentlich vorgetragen und begründet hat. Dieser Einsatz war also nicht umsonst!

Mut macht auch, dass im Jahr 2017 116 IT-Unternehmer einen Aufruf an die UNO unterschrieben haben, autonome Killerdrohnen zu verbieten. Das war Ansporn für unseren Einsatz im Bundestagswahlkampf 2017.

Leider müssen wir befürchten, dass die Groko-SPD ein Jahr nach der Wahl keine Einwände mehr gegen den Antrag der „Verteidigungsministerin“ erheben wird.

Trotzdem sollten wir unsere Stimme insbesondere *vor dem 12. Juni* noch

deutlich erheben und unsere Warnungen an möglichst viele Friedensbewegte sowie Politikerinnen und Politiker herantragen.

Wer irgend kann und mag, sollte bis dahin:

- ▶ Flugblätter verteilen, wo immer möglich,
- ▶ möglichst viele Politikerinnen und Politiker ansprechen, um mit ihnen über ihre Position zu diskutieren und sie mit unseren Argumenten gegen Kampfdrohnen bekanntmachen zu können,
- ▶ jede Möglichkeit nutzen, die Medien über unsere Aktivitäten zu informieren, und
- ▶ Unterschriften unter den Appell „**Keine Kampfdrohnen!**“ sammeln.

Weitere Aktionsvorschläge gibt es auf der Internetseite der Drohnenkampagne: <https://drohnen-kampagne.de/>

Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr! Kampfdrohnen erhöhen die Kriegsgefahr!

Wer ist das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.?

Wir kommen aus Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen oder sind Einzelpersonen, die am Frieden Interessierte zu gemeinsamem Handeln zusammenführen wollen. Wir veranstalten in Hamburg die Ostermärsche und die Antikriegsdemonstrationen zum 1. September, wir organisieren Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu den Hintergründen von internationaler Macht- und Kriegspolitik und rufen zu Demonstrationen gegen Aufrüstung, Waffenexporte und Kriegsbeteiligung auf.

Weitere Informationen: www.hamburgerforum.org/